

Gaza: Waffenstillstand reicht nicht

Israel bombardiert den Gazastreifen. Über 300 Menschen, darunter viele Zivilisten, starben seit dem 27. Dezember. Die Hamas beschießt israelische Orte mit Raketen. Und international werden wieder hilflose Vorschläge zur Beruhigung der Lage verbreitet.

Peter Schäfer, Leiter des Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Palästina

Die Berichte über die israelischen Luftangriffe auf Gaza ähneln denjenigen vom zweiten US-Krieg gegen den Irak. Die israelischen Darstellungen, dass „wichtige Installationen der Hamas gezielt getroffen“ worden seien, erinnern an die angeblichen „chirurgischen Schläge“ der US-Armee.

Die Menschen in Westeuropa können sich glücklicherweise nicht mehr vorstellen, was ein Angriff von über 60 Kampfflugzeugen, die innerhalb von Stunden insgesamt 100 Tonnen Sprengstoff über einem Gebiet etwa von der Größe Kölns abwerfen, bedeutet. Die israelischen Berichte werden im Ausland meist übernommen. Journalisten dürfen bereits seit Anfang November nicht mehr in den Gazastreifen einreisen, um sich ein eigenes Bild zu machen.

Die 1,5 Millionen Menschen im Gazastreifen können vor den Angriffen nicht fliehen. Das Gebiet ist umzäunt und die wenigen Grenzübergänge sind abgeriegelt. Es wird gesagt, dass die Hamas die Bevölkerung als Schutzschild nehme. Aber Polizeistationen, Universitäten und Ministerien liegen in den meisten Ländern inmitten von Wohngebieten.

Die israelischen Angriffe begannen am 27. Dezember um 11h25 Lokalzeit. „Dieses Timing weist darauf hin, dass eine israelische Entscheidung getroffen wurde, mitten am Tag eine Opferzahl so groß wie möglich zu verursachen“, meint die palästinensische Menschenrechtsorganisation PCHR aus Gaza. „Das erklärt die hohe Zahl ziviler Opfer, die innerhalb von wenigen Minuten getötet oder verletzt wurden.“

UN: Not durch 18-monatige Blockade

Die internationale Politik ist sich einig, was zum Ende der Kampfhandlungen zwischen der israelischen Armee und palästinensischen Milizen im Gazastreifen zu tun ist: Waffenstillstand.

Ein Schweigen der Waffen wäre den 1,5 Millionen Menschen im Gazastreifen jedoch allein keine positive Zukunftsperspektive. Seit der Machtübernahme der Hamas unter völliger Abriegelung, verstärkte Israel die Blockade des Gebiets Anfang November weiter. Selbst die Einführung humanitärer Hilfsgüter wie Nahrungsmittel und Medizin durch internationale Organisationen ist stark reglementiert. Für den Raketenbeschuss auf israelische Grenzstädte durch palästinensische Milizen aus dem Gazastreifen wird die gesamte Bevölkerung, egal welchen Alters oder politischer Weltanschauung kollektiv bestraft. Das unterscheidet sich nicht von der Logik der Hamas-Raketen auf Israel.

Eine „humanitäre Katastrophe“ ist bereits durch die Isolierung der gesamten Einwohnerschaft des Gazastreifens seit Juni 2007 entstanden. Ein Bericht der Vereinten Nationen vom 15. Dezember stellt klar:

- **Strom:** Die Bewohner von Gaza-Stadt sind bis zu 16 Stunden täglich ohne Elektrizität. Gesundheitsrisiken durch Auswirkungen auf Wasser- und Abwassersysteme.
- **Wasser:** Die Hälfte der 1,5 Millionen Bewohner erhält Wasser nur einmal pro Woche für ein paar Stunden. Grundwasser versalzt. 80% des Trinkwassers erfüllt nicht die Kriterien der Weltgesundheitsorganisation WHO.
- **Beschäftigung:** Von 3.900 Industriebetrieben sind nur 23 funktionstüchtig. 70% der Anbauflächen können nicht mehr bewässert werden und verwüsten.
- **Armut:** UN-Schätzungen nennen eine Armutsrate von über 80% der Bevölkerung. Das führt zu Mangelernährung mit gesundheitlichen Folgen, insbesondere für Kinder.
- **Gesundheitsversorgung:** Strommangel und Ersatzteilmangel führt zum Ausfall medizinischer Geräte. Wichtige Medikamente sind Mangelware.

Gazastreifen von Israel besetzt

Israel hat 2005 zwar Armee und Siedler aus dem Gazastreifen abgezogen, kontrolliert aber weiterhin Grenzen, Luft- und Seeraum. Israel übt auch weiterhin mit die Kontrolle über den Zugang nach Ägypten aus. Im Gegensatz zu Verlautbarungen der israelischen Regierung gilt der Gazastreifen somit nach internationalem Recht noch als besetztes Gebiet. Obwohl Israel deshalb voll verantwortlich ist für die Versorgung der 1,5 Millionen Menschen in Gaza, hat die internationale Gemeinschaft die Kosten dafür übernommen, bisher ohne israelische Gegenleistung.

Gründe für die neue Eskalation

HAMAS

Von einzelnen Verletzungen beider Seiten abgesehen herrschte zwischen Israel und der Hamas ein vereinbarter 6-monatiger Waffenstillstand. Dieser endete am 19. Dezember. Während des Waffenstillstandes dauerte die Blockade des Gazastreifens aber weiter an. Weder hat sich die Lage der Bevölkerung verbessert, noch die politische Lage der Hamas als Verhandlungspartner.

Die Hamas, Wahlsieger 2006, will eine nationale Einheitsregierung aller palästinensischen Parteien, Aufnahme

in die Dachorganisation PLO und internationale Anerkennung. Die vielen arabischen **Vermittlungsversuche** blieben ohne Ergebnis, da sie **ohne Garantien durch EU oder USA nutzlos** sind. Diese halten an der Isolierung des Gazastreifens weiter fest, trotz des Leids der Zivilbevölkerung.

Deshalb wird nach Ansicht der Hamas nur durch Waffengewalt die nötige Aufmerksamkeit für die Lage in Gaza erreicht.

ISRAEL

Unter dem Druck des palästinensischen Raketenbeschusses auf Israel ist die regierende Kadima-Partei zum Handeln gezwungen, will sie in den Wahlen am 10. Februar nicht gänzlich an Boden verlieren. Da Gespräche mit der Hamas politisch nicht en vogue sind, bleibt nur die militärische Option. Und obwohl Israel von der Hamas-Fatah-Spaltung profitiert (weitgehende Aussetzung der Friedensverhandlungen), steht die Hamas Regionalplanungen mit einem zumindest wirtschaftlichen **Anschluss des Gazastreifens an Ägypten** entgegen. Die Regierung in Kairo unterdrückt (nicht nur) die islamistische Opposition im eigenen Lande, da duldet sie eine solche Kraft an ihren Grenzen ebenfalls nicht. Palästinenser vermuten, dass der israelische Angriff zentrales Thema während des Besuchs der israelischen Außenministerin Tzipi Livni in Kairo war, nur zwei Tage vor Beginn der Bombardierungen.

Unterstützung für die Fatah-Bewegung

Palästinensische Beobachter sehen die momentane Zerstörung der von der Hamas seit 2006 genutzten öffentlichen Infrastruktur als Amtshilfe für Präsident Mahmud Abbas und seine in der Westbank regierende Fatah-Bewegung. Den von USA und EU trainierten Militär- und Polizeikräften soll der Boden für eine Wiedereroberung des Gazastreifens bereitet werden. Die direkte Zusammenarbeit zwischen palästinensischen Sicherheitsorganen und israelischem Militär ist lange bekannt, obwohl das Ausmaß erst am 19. September durch die Veröffentlichung eines israelischen Journalisten in Gänze bekannt wurde. Palästinensische Offiziere bezeichneten die Hamas gegenüber ihren israelischen Kollegen als „gemeinsamen Feind“. Äußerungen, die in Palästina angesichts der israelischen Besatzung gar nicht gut ankommen.

Wie die Hamas im Gazastreifen, so schränkt auch die Fatah in der Westbank das Recht auf Versammlung und freie Meinungsäußerung stark ein. Palästinensische Menschenrechtler sprechen von einem „Polizeistaat“ in der Westbank. In Ramallah wurden am Sonntag sogar Solidaritätsmärsche für die Menschen im Gazastreifen behindert.

Die internationale Gemeinschaft, auch die Bundesrepublik Deutschland, unterstützt den Abbau der Grundrechte in Palästina mit Geld und Know-How. Offenbar wird der Installierung eines weiteren arabischen Regimes der Vorzug gegeben vor dem Aufbau eines demokratischen Modellstaats im Nahen Osten unter Einschluss der gesamten Bevölkerung.

Darüber hinaus ist die Hamas nicht nur eine Miliz, sondern eine politische Kraft, vor Ort weitaus stärker verankert als andere Parteien, auch in der Westbank. Die Hamas dominiert den Wertediskurs. Eine Zerschlagung der Hamas ist vor diesem Hintergrund unmöglich. Und zeigte die Hamas in Zeiten israelischer Angriffe Schwäche, führte dies nur zur Hinwendung

zu weit radikaleren, der Al-Qaida nahe stehenden Gruppen, die die Hamas im Gazastreifen derzeit noch unter Kontrolle hat.

Internationale Finanzhilfe

Der französische Generalkonsul in Jerusalem erklärte am Tag vor Weihnachten, dass die Palästinenser im Jahr 2008 drei Milliarden US-Dollar Finanzhilfe erhielten. Das wäre fast eine Verdreifachung der Hilfe während der letzten drei Jahre. **Blockade ist teuer.** Das Geld fließt in die Gehälter der palästinensischen Beamten, Infrastrukturmaßnahmen in der Westbank und humanitäre Hilfe. Dinge, für die nach internationalem Recht eigentlich die Besatzungsmacht, Israel, aufkommen müsste. Deutschland bezahlt ohne zu Murren, wie andere europäische Staaten ebenfalls. Zerbombt Israel mit Hilfsgeldern bezahlte palästinensische Infrastruktur, dann wird ein erneuter Bau bezahlt. Ist eine Schule oder ein Krankenhaus wegen der israelischen Straßenblockaden in der Westbank nicht mehr erreichbar, wird für Ersatz gesorgt, anstatt schlicht auf einer Straßenöffnung zu bestehen.

Gleiches gilt für die anhaltende Förderung der palästinensischen Wirtschaft. Selbst die Weltbank wiederholt ständig, dass mit den derzeit etwa 630 Straßenblockaden – Abriegelung palästinensischer Orte untereinander wie auch von Israel und Jordanien – an ökonomische Impulse nicht zu denken sei.

Es ist allgemein bekannt, was zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts notwendig ist: Das Ende der israelischen Besatzung über die Westbank mit Ost-Jerusalem und den Gazastreifen. Unter israelischer Dominanz sind palästinensische Entwicklung oder gar Frieden nicht möglich. Hier reicht es nicht, dass die Bundesregierung und die Europäische Union nur bezahlen. An die Millionen müssen politische Forderungen und Garantien gekoppelt werden.

Dieser Bericht beruht auf folgenden Dokumenten:

Die meisten Opfer sind Zivilisten. **Palestinian Centre for Human Rights (Gaza)**, press release 117/2008, 28.12.2008,

<http://www.pchrqaza.ps/files/PressR/English/2008/121-2008.html>.

UN-OCHA: Gaza Humanitarian Situation Report, 15.12.08,

http://www.ochaopt.org/documents/ocha_opt_gaza_situation_report_2008_12_17_english.pdf.

Forderung nach klarem Signal von USA und EU, eine palästinensische Einheitsregierung nun nach ihrem Verhalten zu beurteilen und nicht rundweg zu torpedieren. **International Crisis Group: Palestine Divided**, 17.12.2008,

<http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=5823&l=1>.

„Stopp der Blockierung einer Vereinbarung zwischen Hamas und Fatah, kurzfristig die beste Lösung zur Wiederherstellung palästinensischer Führung.“ **Carnegie Endowment for International Peace: Sunset for the Two-State Solution?**,

<http://www.carnegieendowment.org/publications/index.cfm?fa=view&id=20112&prog=zgp&proj=zme>.

„Die EU sollte sich [...] vor Augen führen, dass die bloße Verwaltung des Konflikts [...] keine dauerhafte Stabilisierung herbeiführt [...]“

Stiftung Wissenschaft und Politik: Hamastan vs. Fatahland,

http://www.swp-berlin.org/produkte/swp_aktuell_detail.php?id=7817.

Beschreibung der israelischen Hindernisse für palästinensische Wirtschaftsentwicklung. **World Bank: West Bank and Gaza.**

Palestinian Trade – West Bank Routes, 16.12.2008,

http://siteresources.worldbank.org/INTWESTBANKGAZA/Resources/PalTrade_WBRoutesDec08.pdf.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt seit dem Jahr 2000 zivilgesellschaftliche Projekte in Palästina und ist seit März 2008 mit einem Büro in Ramallah präsent. Unsere Arbeitsbereiche umfassen die Unterstützung demokratisch-fortschrittlicher Kräfte, die Förderung regionaler und überregionaler Netzwerke progressiver Menschen und Organisationen sowie die Unterstützung palästinensischer Bemühungen zur Kontrolle der eigenen Entwicklung.

Der Newsletter erscheint unregelmäßig und wird per email verschickt. Er wird herausgegeben vom Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mub'adeen St., Ramallah. Verantwortlich: Peter Schäfer, Tel: 00970-2-2403832, Fax: 00970-2-2403980, newsletter@rosaluxemburg.ps